

Zeitschrift für Erwachsenenbildung in Deutschland

Ausgabe 2/2025

Hessische Blätter für Volksbildung

Politische Bildung –
Neue Wege, neue Möglichkeiten

Erwachsenenbildung

vhs Hessischer
Volksbildungsrat

wbv

E-Journal Einzelbeitrag
von: Erich Holzwarth, Vinzenz Huzel

Wissen. Ermutigung. Mitgestaltung

Erwartungen an die politische Erwachsenenbildung aus kommunaler Sicht

aus: Politische Bildung – Neue Wege, neue Möglichkeiten
(HBV2502W)
Erscheinungsjahr: 2025
Seiten: 83 - 88
DOI: 10.3278/HBV2502W010

Der Beitrag beleuchtet Erwartungen an die politische Bildung aus kommunaler Sicht. Wie kann Kommunalpolitik als die Basis der Demokratie gestärkt werden? Holzwarth und Huzel fordern von den Bildungsträgern, Wissen zu vermitteln, zu Engagement zu ermutigen und Mitgestaltung zu fördern. Angesichts komplexer Herausforderungen und Krisen sind innovative Ansätze gefragt, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Ein Aufruf, die Demokratie vor Ort durch nachhaltige Bildungsangebote zu stärken.

The article examines expectations of political education from a municipal perspective. How can local politics be strengthened as the basis of democracy? Holzwarth and Huzel call on education providers to impart knowledge, encourage commitment and promote participation. In the face of complex challenges and crises, innovative approaches are needed that appeal to different target groups. The article is a call to strengthen local democracy through sustainable educational programs.

Schlagnote: Information; Motivation; Engagement; Kommunalpolitik; Ehrenamt; commitment; local politics; voluntary work

Zitiervorschlag: Holzwarth, Erich ; Huzel, Vinzenz (2025). Wissen. Ermutigung. Mitgestaltung. Erwartungen an die politische Erwachsenenbildung aus kommunaler Sicht. Hessische Blätter für Volksbildung, 75(2), 83-88. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2502W010>



Wissen. Ermutigung. Mitgestaltung

Erwartungen an die politische Erwachsenenbildung aus kommunaler Sicht

ERICH HOLZWARTH, VINZENZ HUZEL

Zusammenfassung

Der Beitrag beleuchtet Erwartungen an die politische Bildung aus kommunaler Sicht. Wie kann Kommunalpolitik als die Basis der Demokratie gestärkt werden? Holzwarth und Huzel fordern von den Bildungsträgern, Wissen zu vermitteln, zu Engagement zu ermutigen und Mitgestaltung zu fördern. Angesichts komplexer Herausforderungen und Krisen sind innovative Ansätze gefragt, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Ein Aufruf, die Demokratie vor Ort durch nachhaltige Bildungsangebote zu stärken.

Stichwörter: Information; Motivation; Engagement; Kommunalpolitik; Ehrenamt

Abstract

The article examines expectations of political education from a municipal perspective. How can local politics be strengthened as the basis of democracy? Holzwarth and Huzel call on education providers to impart knowledge, encourage commitment and promote participation. In the face of complex challenges and crises, innovative approaches are needed that appeal to different target groups. The article is a call to strengthen local democracy through sustainable educational programs.

Keywords: Information; motivation; commitment; local politics; voluntary work

Der Stellenwert der Kommunalpolitik als „Fundament“ oder „Keimzelle“ der Demokratie wird bei vielen Festreden hervorgehoben. Dabei ist das durch das Grundgesetz garantierte Organisationsprinzip der kommunalen Selbstverwaltung anspruchsvoll: In den knapp 11.000 Gemeinden, knapp 300 Landkreisen und vielen weiteren kommunalen Vertretungen in Deutschland sind etwa 240.000 ehrenamtliche Mandate zu vergeben. Das Engagement in kommunalen Gremien ist die Voraussetzung für die Hand-

lungsfähigkeit der Gebietskörperschaften. Als Expertinnen und Experten für die örtlichen Angelegenheiten tragen Bürger:innen Verantwortung für ihren Ort. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist es notwendig, politische, rechtliche, soziale und finanzielle Zusammenhänge zu verstehen.

Im vorliegenden Text werden auf Grundlage von Gesprächen mit kommunalen Entscheidungsträger:innen und Erwachsenenbildner:innen Erwartungen, Wünsche und Hoffnungen an die politische Erwachsenenbildung aus kommunaler Sicht formuliert.¹ Da es sich eher um einen explorativen als einen stringent empirisch-orientierten Ansatz handelt, ist die Darstellung nicht abschließend.

Angebote der politischen Bildung haben generell das Ziel, Wissen über das politische System zu vermitteln und Menschen zu befähigen, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Als Voraussetzungen für Beteiligung werden politische Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie methodische Fähigkeiten gesehen. Die kommunale Selbstverwaltung ist nicht nur angewiesen auf die Bereitschaft ihrer Bürger:innen, für ein kommunales Gremium zu kandidieren. Sie benötigt auch deren Innovationskraft, Kreativität und Wissen, um die örtlichen Belange gemeinwohlorientiert zu regeln. Dies betrifft sowohl die, die sich ehrenamtlich engagieren, als auch alle anderen Einwohner:innen als Objekte örtlicher Entscheidungen.

Die Orte, an denen die multiplen Krisen unserer Zeit ihren Niederschlag finden, sind die Städte und Gemeinden. Ob es um die Aufnahme von Geflüchteten geht, die Bewältigung von Folgen des Klimawandels und den Kampf gegen ihn, die Coronapandemie, den Notstand im Pflege- und Gesundheitsbereich, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Weiterentwicklung von Schulen, den Fachkräftemangel, die Förderung der örtlichen Wirtschaft, die Digitalisierung der Verwaltung und den Bürokratieabbau, den Investitionsstau in der Infrastruktur, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Kräften oder die zunehmende Finanznot. Allein diese Aufzählung zeigt, dass die Erwartungen an die Mitglieder lokaler Entscheidungsgremien hoch sind und sie häufig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bringen. Eng verbunden mit diesen Herausforderungen sind die Erwartungen kommunaler Praktiker:innen an die politische Erwachsenenbildung.

1 Grundlagenwissen vermitteln: Was ist Kommunalpolitik – und was nicht?

Die Vermittlung von Wissen über Zuständigkeiten und die Verflechtungen staatlicher Ebenen ist essenziell, um politische Entscheidungen zu verstehen. Die grundgesetzlich verankerte Allzuständigkeit der Kommunen für örtliche Belange ist begrenzt durch Kompetenzen anderer politischer Ebenen. Bürgermeister:innen und kommunale Mandatsträger:innen können nicht alle Missstände lösen, auch wenn Bürger:innen oft schnelle und unbürokratische Lösungen erwarten. Realistische Erwar-

¹ Unser herzlicher Dank gilt Florian Kling, Oberbürgermeister in Calw, der einige wichtige Hinweise für diesen Text gegeben hat.

tungen erfordern Aufklärung über Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse. Zudem ist es wichtig, wie Anliegen vorgebracht und Konflikte bearbeitet werden. Unterschiedliche Meinungen müssen respektiert, Konflikte konstruktiv gelöst und Kompromisse akzeptiert werden. In Zeiten eines raueren Tons gilt es, die Kultur des Dialogs, der Konsensfindung sowie Toleranz und Konfliktfähigkeit zu stärken und weiterzuentwickeln.

2 Lokal handeln: Wie kann ich mich einbringen?

Trotz des Stellenwerts der kommunalen Politik ist sie nur sehr eingeschränkt Teil der Bildungspläne für Schulen. Oft bleibt es dem Engagement einzelner Lehrkräfte überlassen, Verfahrensweisen, Aufgaben, Akteurinnen und Akteure der Kommunalpolitik im Unterricht zu behandeln. Daher überrascht es nicht, dass beispielsweise das Kumulieren und Panaschieren in vielen Bundesländern nicht nur Erstwähler:innen vor Herausforderungen stellt. Falsch abgegebene Stimmen sind ungültig. Allein bei der letzten Kommunalwahl in Baden-Württemberg haben in rund 100 Kommunen mehr als fünf Prozent der Wähler:innen einen ungültigen Wahlzettel abgegeben (Stuttgarter Zeitung 21.06.2024). Angebote politischer Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich können nicht nur helfen, das Wahlverfahren zu erklären, sondern auch zu einer höheren Wahlbeteiligung unter Erstwählerinnen und Erstwählern beitragen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Legitimation kommunaler Entscheidungen. Speziell Jugendliche sollen früh für Kommunalpolitik interessiert werden, da viele Entscheidungen ihren Alltag unmittelbar betreffen (vgl. Arbogast & Huzel 2012).

Politische Bildung muss über die reine Information zur Bedeutung von und Regeln für Wahlen hinausgehen. Bürger:innen sollen auch verstehen, wie sie ihre Interessen in Entscheidungsprozesse durch formelle und informelle Beteiligungsverfahren einbringen können, etwa durch Bürgerversammlungen, Bürgerbegehren und -entscheide oder die Mitarbeit in Ortsräten. Zu überwinden ist dabei das verfehlte Verständnis der Verwaltungsmodernisierung im Sinne einer Marktlogik, bei dem Bürger:innen zu Kundinnen und Kunden kommunaler Dienstleistungen degradiert wurden. Dieses Verständnis versetzt die Bürger:innen in die passive Haltung Konsumierender und entbindet sie von der Möglichkeit, selbst aktiv zu werden. Bürger:innen sollen ermutigt werden, das Gemeinwesen mitzugestalten – z. B. durch Engagement in Vereinen, sozialen Initiativen oder eben der Kommunalpolitik. Das kommunale Leben wird vom bürgerschaftlichen Engagement getragen – und das Engagement der Menschen vor Ort ist meist der Einstieg für gesellschaftliche Mitwirkung über das Wählen hinaus. Mit einer öffentlichen Meinungsbekundung im Leserbrief über die Teilnahme an einer Demonstration bis zum Engagement in einer Initiative beginnt manches langfristige Engagement. Zwar darf die Rekrutierung politischen Personals nicht Ziel politischer Bildung sein. Eine Bildungsveranstaltung kann aber Ausgangspunkt einer politischen Karriere werden, wenn sie es schafft, thematisches Interesse zu wecken, Menschen zu motivieren und zu befähigen, selbst aktiv zu werden.

3 Zielgruppen – wer soll erreicht werden?

Aus kommunaler Sicht sollten Informations- und Weiterbildungsangebote alle ansprechen, die sich für das lokale Geschehen interessieren – oder dafür interessiert werden können. Ziel ist es, durch politische Bildung umfassend zu informieren, die demokratische Teilhabe aktiv zu fördern und die Identifikation der Bürger:innen mit ihrer Gemeinde zu stärken. Hilfsmittel für den Faktencheck sind dabei unerlässlich, um in der Flut an Informationen den Überblick zu behalten. Wer kommunale Aufgaben übernehmen möchte und Ämter oder Mandate anstrebt, braucht zusätzlich Fachwissen und Werkzeuge für den demokratischen Wettbewerb. Gewählte Mitglieder kommunaler Gremien benötigen gezielte Vorbereitung auf ihre Aufgaben. Auch Journalist:innen, die über kommunale Themen berichten, sollten Weiterbildungen erhalten, um das Engagement vor Ort angemessen darzustellen.

4 Herausforderungen der politischen Bildung bei der Vermittlung kommunalpolitischer Kompetenzen

Die Adressaten der vorgetragenen Erwartungen aus kommunaler Sicht sind öffentliche, freie und alternative Träger politischer Bildung. Als zusätzlicher Akteur der politischen Bildung im weiteren Sinn kann der Lokaljournalismus gesehen werden.

Angesichts knapper Budgets bleibt für die Finanzierung politischer Bildung im kommunalen Bereich meist wenig Spielraum. Bildungsangebote müssen oft mit minimalen Ressourcen auskommen und sind in ihrer Reichweite eingeschränkt. Volkshochschulen sind überwiegend in kommunaler Trägerschaft, wodurch sie für kommunale Bildungsangebote geradezu prädestiniert wären. Allerdings ist politische Bildung dort nur ein überschaubarer Teilbereich, da deren Aufgabenspektrum weit darüber hinausgeht. Hinzu kommt der Anspruch der Überparteilichkeit, der allzu oft fälschlich mit politischer Neutralität gleichgesetzt wird. Gerade in jüngster Zeit kommt der Aspekt hinzu, keine Angriffsfläche für rechtspopulistische Angriffe bieten zu wollen, weshalb es manchenorts schwieriger wird, kontroverse Themen zu behandeln (vgl. Rex et al. 2021).

Bedauerlicherweise ist das Interesse an kommunalen Themen oft geringer als das an bundes- oder weltpolitischen. Dies erschwert es, Menschen für die Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsangeboten zu gewinnen. Verschärft wird dies durch den Rückzug vieler Redaktionen aus der Lokalberichterstattung, insbesondere in ländlichen Regionen. Wenn über örtliche Angelegenheiten weniger berichtet wird, schwinden zwangsläufig Wissen und Interesse darüber. Fehlerhafte Berichterstattung befördert diese Entwicklung, da teilweise in den noch verbliebenen Lokalredaktionen das kommunale Fachwissen schwindet.

5 Zielgruppen und Formate kommunalpolitischer Bildung

Die Zielgruppen der kommunalpolitischen Bildung sind heterogen – sie umfassen verschiedene Altersgruppen, Menschen mit und ohne akademische Bildung, Muttersprachler:innen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte etc. Jede Gruppe hat andere Bedürfnisse, Erfahrungen und Zugänge zu Politik und ist dort auch in unterschiedlicher Weise repräsentiert. Angebote sind daher zielgruppenorientiert zu gestalten, was einen hohen Planungs- und Anpassungsaufwand bedeutet. Außerdem müssen Veranstaltungsformate kompatibel zu Beruf, Freizeitplanung und Familie sein (vgl. Haller 2024, S. 45 ff.). Neben Angeboten für das politische Ehrenamt dürfen Angebote für das Engagement in Vereinen und Initiativen nicht aus dem Blick geraten. Ohne Vereine gibt es keine Feste, wenig gesellschaftliches Leben und kaum selbsttragende Angebote vor Ort – eine Lücke, die Kommunalverwaltungen allein nicht schließen können. Gefragt sind Fähigkeiten, die auch im modernen Berufsalltag relevant sind: digitales Empowerment, Kommunikation, Rhetorik, Projektmanagement und mehr. Flexible, kurze und zielgenaue Online-Angebote sind hier oft zielführender als Präsenztermine.²

6 Politische Bildung als Reparaturbetrieb der Demokratie?

Das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie in Deutschland (vgl. Best et al. 2023) und die Bereitschaft zum Engagement (vgl. Schubert et al. 2023) schwinden. Polarisierte Einstellungen zu Themen wie Stadtentwicklung, Migration oder Umweltpolitik sind immer häufiger festzustellen. Populismus, ein durch „alternative Fakten“ geprägter Diskussionsstil sowie Anfeindungen gegenüber politisch Aktiven reduzieren die Attraktivität eines ehrenamtlichen Engagements. Politische Bildung kann die Demokratie nicht allein retten. Sie kann aber dabei helfen – durch Beiträge zur Versachlichung thematischer Auseinandersetzungen und durch Unterstützung einer offenen Debattenkultur. Um dies zu ermöglichen, muss die Politik die Rahmenbedingungen verbessern. Zentral ist dabei eine auskömmliche und langfristige finanzielle Ausstattung sowohl der Träger der politischen Bildung als auch der kommunalen Ebene. Kommunalpolitische Bildung spielt eine zentrale Rolle für eine lebendige Demokratie auf lokaler Ebene und darüber hinaus. Sie muss langfristig angelegt sein, um Sachkunde zu vermitteln und das Vertrauen in die Demokratie sowie das demokratische Engagement zu fördern.

2 Dies wurde von vielen Trägern politischer Bildungsangebote bereits erkannt – zu finden sind beispielsweise eine Reihe digitaler Angebote für Kommunalpolitiker:innen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der KommunalAkademie und für Vereinsvorsitzende in der Akademie Management und Politik (MuP). Ähnliche Angebote finden sich auch bei anderen politischen Stiftungen.

Literatur

- Arbogast, C. & Huzel, V. (2012). „Man kann die Politik richtig fühlen“ – Erfahrungen mit dem Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg. In S. Braun & A. Geisler (Hrsg.), *Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 309–318.
- Best, V., Decker, F., Fischer, S. & Küppers, A. (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* <http://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie>.
- Haller, A. (2024). Wie wirkt und verändert sich politische Bildung für Kommunalpolitiker*innen? *Außerschulische Bildung*, 2, 45–51.
- Rex, S., Smets, P. & Freigang, L. (2021, 30. April). *Einmischen erwünscht?! Politische Bildung in kommunaler Verantwortung*. <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/bildungsbereiche/pb-kommunale-verantwortung/>.
- Schubert, P., Tahmaz, B. & Krimmer, H. (2023). Zivilgesellschaft in Krisenzeiten: Politisch aktiv mit geschwächten Fundamenten. *ZiviZ-Survey*.
- Stuttgarter Zeitung (2024, 21. Juni). *Viele ungültige Stimmzettel – Ist Wählen zu kompliziert?* Von Maximilian Kroh und Chiara Sterk.

Autoren

Erich Holzwarth, Dr., freiberuflicher Kommunalberater

Vinzenz Huzel, Dr., Leiter des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch die Redaktionskonferenz am 23. Januar 2025 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following a qualitativ review at the editorial meeting the 23th of January 2025.